



Martin Gerster
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

16.12.2010

Rede zum Schwarzgeldbekämpfungsgesetz

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung (Schwarzgeldbekämpfungsgesetz)

(Drucksache 17/4182)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Martin Gerster spricht für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Martin Gerster (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß nicht, ob auch Sie die Frage kennen, die in der Adventszeit vor allem Kindern gestellt wird: Seid ihr brav gewesen? Es wird abgefragt: Habt ihr alles erledigt, was euch aufgetragen wurde? Habt ihr all das gemacht, was notwendig ist?

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist der Nikolaus! Knecht Ruprecht!)

Wenn man der Bundesregierung diese Frage gerade im Hinblick auf die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche stellen würde, dann müsste sie, wenn sie ehrlich wäre, sagen: Nein, und wir verzichten daher auf die Geschenke.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Dann käme Knecht Ruprecht!)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herr Staatssekretär Koschyk, das wird gerade bei diesem Gesetzentwurf deutlich. Man merkt, dass Schwarz-Gelb bei diesem Thema ein bisschen bockig ist,

(Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Unbelehrbar! – Nicolette Kressl [SPD]: Nicht nur bei diesem Thema!)

dass Sie dieses Thema nicht so recht angehen wollen. Jedenfalls muss man deutlich sagen, dass Sie bei der Bekämpfung der Geldwäsche noch lange nicht das getan haben, was wirklich notwendig ist. Allein der Kurztitel, der für diesen Gesetzentwurf gewählt wurde, macht nachdenklich. Es stellt sich die Frage, warum Sie es Schwarzgeldbekämpfungsgesetz und nicht Geldwäschebekämpfungsgesetz nennen.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: An der Wand steht: „Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerhinterziehung“!)

Ich habe den Eindruck, dass Sie ein bisschen Etikettenschwindel betreiben und davon ablenken wollen, dass Sie die Bekämpfung der Geldwäsche nicht so recht angehen wollen, dass Sie sich zieren, all das umzusetzen, was die Financial Action Task Force on Money Laundering Deutschland ins Stammbuch geschrieben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das hättet ihr auch schon umsetzen können!)

Geldwäschebekämpfung bedeutet, dass wir vermeiden wollen, dass illegal erworbenes Geld in den legalen Geldkreislauf kommt. Bei Schwarzgeld hingegen handelt es sich um steuerpflichtige, aber unversteuerte Einnahmen. Deswegen stellt sich die Frage, warum Sie diesen Begriff und nicht einen anderen gewählt haben. Sie wollen aus meiner Sicht verschleiern, dass 2010 für Deutschland wahrlich kein Ruhmesblatt war.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Ihnen wurde durch dieses OECD-Gremium, dem 36 Staaten angehören, ein verheerendes Zeugnis ausgestellt.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber mehr als die Kavallerie, Herr Kollege!)

Sie sagen, Herr Staatssekretär, dass jetzt vereinbart wurde, dass wir etwas tun müssen. Entschuldigung, der Bericht lag schon im Februar 2010 vor.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer war elf Jahre Finanzminister, Herr Kollege? –

Dr. Daniel Volk [FDP]: Zehn Jahre vorher waren Sie in der Regierungsverantwortung!)

Sie haben jetzt fast ein Jahr gebraucht, um einen einzigen Punkt aufzugreifen und in einen Gesetzentwurf zu gießen.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Man muss schon klatschen, dass Sie überhaupt etwas geschafft haben!)

49 Empfehlungen wurden ausgesprochen. Deutschland ist in 20 Punkten massiv kritisiert worden.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Seit wann gibt es die Empfehlungen, Herr Kollege?)

15 Kriterien sind teilweise umgesetzt worden, 5 überhaupt nicht. Deutschland wurden gravierende Defizite bescheinigt. Deutschland ist kurz davor, auf die schwarze Liste nicht kooperativer Jurisdiktionen gesetzt zu werden.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Was?)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Das wäre eine Blamage. Sie schreiben im Gesetzentwurf unter B:

Die rasche Beseitigung der ... festgestellten Defizite ist notwendig, ...

Dazu muss ich sagen: Es ist höchste Eisenbahn, dass Sie in die Puschen kommen und dass Sie diese Themen abarbeiten. Wir begrüßen es – das sage ich ganz deutlich –, dass Sie jetzt einen Punkt angehen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das hätten Sie schon vor zwei Jahren sagen können, Herr Kollege!)

Natürlich sind wir dankbar, dass Sie Insiderhandel, Marktmanipulationen und Produktpiraterie in den Katalog der Vortaten des Geldwäschestraftatbestandes aufnehmen wollen. Im Ziel sind wir d'accord, aber über den Weg müssen wir noch reden. Wir müssen schauen, was die Anhörung dazu ergibt. Ich kann Ihnen nur dringend raten, die anderen Punkte unbedingt anzugehen.

Insgesamt stellt sich die Frage: Warum machen Sie nicht ein Gesamtpaket? Sie gehen hier mit Salomitaktik vor. Einen Punkt hat man an die Umsetzung der zweiten E-Geld-Richtlinie angehängt. Jetzt kümmert man sich um einen kleinen Punkt. Warum behandeln Sie das nicht als Paket? Ich verstehe das nicht. Es gibt dringenden Handlungsbedarf, beispielsweise im Gesellschafts- und Registerrecht, speziell dort, wo es um die Treuhand als Rechtsform geht. Immobilienmaklerbranche, Goldhändler, Juweliere, Steuerberater, Rechtsanwälte – all diese Themen sind angesprochen worden. Nichts ist passiert.

Sie kündigen jetzt für März 2011 etwas Weiteres an. Wir sind gespannt, wie es weitergeht. Ich meine, die Bundesregierung ist in der Pflicht, insbesondere die heißen Eisen Spielbanken und Kasinos anzugehen. Diese sind heutzutage schon ein Vergnügungspark für professionelle Geldwäscher. Diese Probleme muss man angehen; man darf da nicht schlafen.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(Beifall bei der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wer betreibt denn die Kasinos?)

Deswegen muss man deutlich sagen: Los geht es! Das ist dringend.

Bereits im Sommer dieses Jahres – auch darauf will ich hinweisen – haben die Koalitionsfraktionen angekündigt, diese Probleme zu lösen. Große Sprünge sind uns bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung versprochen worden. Man hat allerdings den Eindruck, Sie laufen in Trippelschritten schleichend um das Ziel herum. Vielleicht steckt auch eine gewisse Denke dahinter. Womöglich meinen Sie, illegales Kapital ist wie ein scheues Reh und macht sich von alleine davon.

Ich glaube, das ist weit gefehlt. Hier muss gehandelt werden. Das zeigt auch der jüngste Bericht des Bundeskriminalamtes und der BaFin zum Thema Geldwäsche. Die Zahl der Verdachtsanzeigen ist gestiegen. Im letzten Berichtszeitraum, im Jahr 2009, gab es 9 000; das entspricht einem Anstieg um 23 Prozent. Dies zeigt uns, dass es gelungen ist, die Leute für diese Gefahr ein bisschen zu sensibilisieren. Es zeigt aus meiner Sicht aber auch, dass Themen wie Datendiebstahl und Erschleichung von Passwörtern, aber auch die Aktivitäten der sogenannten Financial Agents, also von Personen, die ihr Konto gegen Gebühr für illegale Transaktionen zur Verfügung stellen, dringend angegangen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatssekretär, das erste Problem ist, dass Sie nicht wirklich etwas tun. Das zweite Problem ist, dass Sie kleine, eigentlich sinnvolle Schritte bei der Geldwäschebekämpfung mit halbgaaren Ansätzen bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung verknüpfen.

(Beifall bei der SPD)



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Sie bringen zum Beispiel die Teilselbstanzeige ins Spiel. Sie sagen, Schwarz-Gelb schafft die Teilselbstanzeige ab. Entschuldigung, aber das tut nicht Schwarz- Gelb, sondern das hat der Bundesgerichtshof gefordert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In seinem Beschluss vom 20. Mai 2010 hat er entschieden: So geht es nicht mehr weiter. – Sie muss man bei diesem Thema regelrecht zum Jagen tragen; sonst passiert überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Dann haben Sie unseren Gesetzentwurf nicht gelesen! Er lag übrigens schon vor dem Beschluss des Bundesgerichtshofs vor! Unser Gesetzentwurf ist zwei Monate älter! Ihr ärgert euch doch nur, dass ihr nicht darauf gekommen seid! Ihr habt mal wieder gepennt!

– Manfred Kolbe [CDU/CSU]: Genau! Ihr habt gar nichts gemacht!)

Was Sie machen, ist letztendlich nur ein Herumdoktern und Herumlavieren. Die SPD-Fraktion hingegen hat den Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige eingebracht. Wir glauben, dass dies der einzig richtige Schritt ist.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Glauben hilft hier aber nicht weiter!)

Sie beheben lediglich die Unsicherheit, die bei den beratenden Berufen und der Finanzverwaltung im Moment herrscht. Der Bundesrat hat im Zuge des Jahressteuergesetzes 2010 einige Vorschläge unterbreitet. In der Anhörung hat sich gezeigt, dass das so nicht wirklich praktikabel ist. Wenn man, wie Sie, das System beibehalten und die Strafbefreiung nicht abschaffen möchte, dann kann ich natürlich verstehen, dass man zum Beispiel sagt: Wir wollen den Zeitfaktor ändern. Wir wollen,



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

dass die Bekanntgabe der Prüfungsanordnung als Ausschlusskriterium für die Straffreiheit bei Selbstanzeige gewählt wird. – Das ist nachvollziehbar.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Hört! Hört!)

In der Tat wurde in der Anhörung deutlich, dass genau dieser Zeitraum oft als Opportunitätsfenster zur Selbstanzeige genutzt wird. Insofern sage ich: Hier haben Sie recht. Das muss man auf jeden Fall abstellen. Aber das wäre wieder eine Minimallösung, zu der Sie getrieben werden mussten.

(Beifall bei der SPD – Dr. Daniel Volk [FDP]: Was schlagen Sie denn vor? – Manfred Kolbe [CDU/CSU]: Was wollen Sie denn?)

Weitaus konsequenter wäre das, was wir vorschlagen; das ist nämlich nicht so ein Herumgeeiere wie bei Ihnen. Herr Dautzenberg hat selbst gesagt:

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Vorsicht! Herr Dautzenberg ist ein guter Mann!)

Über die Frage, ob wir den Zinszuschlag erheben oder nicht, müssen wir noch diskutieren. Darüber gibt es in der Koalition vielleicht sogar Streit.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ja! Da muss man schließlich genau abwägen! Wir wollen das nämlich verfassungsfest machen, Herr Kollege!)

Nein, bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist klare Kante notwendig. In unserem Gesetzentwurf haben wir eine eindeutige Regelung vorgeschlagen: Erstens muss die Straffreiheit abgeschafft werden, und zweitens muss die Selbstanzeige im Zuge der Bemessung des Strafmaßes berücksichtigt werden. Das wäre gut.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(Beifall bei der SPD)

Diese Variante wird von der Deutschen Steuergewerkschaft, vom Deutschen Gewerkschaftsbund und vielen anderen unterstützt. Deswegen bitte ich Schwarz-Gelb: Zeigen Sie endlich etwas mehr Mut im Kampf gegen Steuerkriminalität und mehr Mut zur beherzten Tat. Das wäre auch ein guter Vorsatz für das neue Jahr.

Das würde im Übrigen dazu führen, dass wir uns auf einen Weg begeben, der uns von der OECD gewiesen wurde. Die OECD hat nämlich in einer internationalen Vergleichsstudie festgestellt, dass die zeitliche Befristung und das Auslaufenlassen der Selbstanzeigemöglichkeiten zentrale Kriterien für den Erfolg im Sinne von mehr Steuerehrlichkeit und mehr Steuereinnahmen sind. Das alles wird in Ihrem Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Das finden wir sehr schade, und die negativen Effekte dessen werden wir bei der Anhörung entsprechend herausarbeiten.

Ich werbe noch einmal für unseren Gesetzentwurf, der sich im Verfahren befindet. Bei der Anhörung werden wir alles Weitere besprechen. Bis dahin wünsche ich Ihnen besinnliche Tage. Denken Sie noch einmal in Ruhe darüber nach. Schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Danke, gleichfalls, Herr Kollege!)

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17081.pdf#P.8999>